

## BILDUNGSPOLITIK

## Das 18-Milliarden-Paket



Geld für Forschung und Wissenschaft entfacht kein Strohfeuer, sondern wirkt nachhaltig.

Foto: Alfred Krawietz/Pixelio

**Viel Notiz hat die breite Öffentlichkeit von dem Hochschulpakt II bislang nicht genommen. Vielleicht liegt es daran, dass angesichts der Milliardensummen für Bürgschaften, Banken und Konjunkturpakete 18 Milliarden Euro nicht mehr sonderlich ins Gewicht fallen, zumal das Geld nicht auf einmal aufzubringen ist und sich außerdem die 16 Bundesländer daran beteiligen müssen – auch wenn der Bund mit 11,8 Milliarden Euro den größten Anteil übernimmt. Dabei kann dieser Hochschulpakt II für die Zukunft Deutschlands nachhaltiger wirken als manch anderes Konjunkturpaket.**

Lange hat Bundesbildungsministerin Annette Schavan, unterstützt von Bundeskanzlerin Angela Merkel (beide CDU), mit Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) über dieses Paket gerungen, das noch der Zustimmung von Bundestag und -rat bedarf. Steinbrück bestreitet nicht die Notwendigkeit eines solchen Paktes für Wissenschaft und Forschung, nur die Finanzierung bereitet Schwierigkeiten. Aufbringen will er das Geld jetzt durch „globale Mehreinnahmen.“ Ob sich diese angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftskrise auch tatsächlich einstellen, bleibt abzuwarten.

Für den Vorsitzenden des Wissenschaftsrates, Peter Strohschneider, haben die Bundesregierung und die Ministerpräsidenten mit dieser Entscheidung „Besonnenheit und Weitsicht“ bewiesen. Auch hätten sie den Beweis angetreten, dass es ihnen „ernst sei mit ihrem Versprechen, Bildung und Wissenschaft an die Spitze der politischen Prioritätenliste zu setzen.“

Was bedeutet nun dieser Hochschulpakt II in der Praxis, der bis zum Jahr 2015 gelten soll? Zum einen erhalten die großen Forschungseinrichtungen wie Max-Planck-Gesellschaft

(MPG), Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), Fraunhofer-Gesellschaft und Helmholtz-Gesellschaft pro Jahr fünf Prozent mehr Geld. Macht zusammen fünf Milliarden Euro.

Ferner sollen bis 2015 275.000 neue Studienplätze geschaffen werden. Die Kosten von 7,33 Milliarden Euro teilen sich Bund und Länder. Weiterer wichtiger Bestandteil des Hochschulpaktes II ist die Exzellenzinitiative. In einer zweiten Runde im Wettbewerb um die besten Hochschulen des Landes von 2011 bis 2017 sollen bis zu zwölf Hochschulen als Spitzenuniversitäten ausgewählt werden. Darunter sollen maximal fünf Aufsteiger sein. Konkret bedeutet dies, dass einige der bislang neun Exzellenzhochschulen diesen Status wieder verlieren.

Das macht durchaus Sinn. Denn zum einen soll der Wettbewerb unter den Hochschulen am Leben erhalten werden. Zum anderen will man möglichst vielen Hochschulen die Möglichkeit geben, sich mit der Exzellenzinitiative weiter zu profilieren, um gute Professoren und Studenten anzuziehen. Für diese zweite Runde sind über 2,7 Milliarden Euro vorgesehen.

Erfreut zeigte sich der Präsident der DFG, Matthias Kleiner, über die Tatsache, dass die Entscheidung nicht auf die Zeit nach der Bundestagswahl Ende September verschoben worden ist. Denn dann wäre sie, wenn überhaupt, erst 2010 gefallen und angesichts der immer stärker angespannten Haushaltslage wahrscheinlich erheblich kleiner ausgefallen. Aus seiner Sicht können nun Wissenschaft und Forschung ihren Beitrag zur Bewältigung der Wirtschaftskrise leisten. Vor allem entfacht Geld für diesen Bereich kein Strohfeuer, sondern wirkt nachhaltig und kommt nicht zuletzt den künftigen Generationen zugute.

K. Rüdiger Durth